

Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 04.09.2014
im Kreishaus Borken, Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Magdalene Garvert Rhede

Mitglieder:

Bernadette Aehling	Borken	
Ludwig Artmeyer	Bocholt	anwesend ab 17:05 Uhr
Heinz-Josef Elpers	Ahaus	
Hans-Georg Fischer	Ahaus	
Otger Harks	Stadtlohn	
Alexander Heming	Bocholt	
Anne König	Borken	Vertretung für Herrn Thomas Kerkhoff
Maja Saatkamp	Borken	
Markus Schulte	Gronau	
Barbara Seidensticker-Beining	Südlohn	
Franz-Josef Sicking	Reken	
Wilhelm Stilkenbäumer	Reken	
Gerti Tanjsek	Bocholt	
Birgit Wirtz	Gronau	
Alfons Wissing	Schöppingen	

beratende Mitglieder:

Dr. Thomas Rathner Borken Vertretung für Herrn Bernd Schöning

Gäste:

Reiner Tippkötter	infas enermetric Consulting GmbH, Greven
David Sommer	infas enermetric Consulting GmbH, Greven
Sven Krings	Geotechnisches Büro Düllmann, Aachen
Peter Kleyboldt	Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland mbH

Vertreter/innen der Verwaltung:

Hubert Grothues
Wilfried Kersting
Roland Schulte
Kordula Blickmann
Peter Nattefort

Es fehlen entschuldigt:

Thomas Kerkhoff	Velen
Heinrich Lübbering	Vreden
Bernd Schöning	Stadtlohn

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzende Magdalene Garvert eröffnet die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Sie stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist. Besonders begrüßt Frau Garvert Herrn Reiner Tippkötter und Herrn David Sommer von der infas energetic GmbH, Herrn Sven Krings vom Geotechnischen Büro Düllmann, sowie Herrn Peter Kleyboldt, den Geschäftsführer der Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland.

A. Öffentlicher Teil

Punkt 1: Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht dem Kreistag angehören
Vorlage: 0185/2014

Frau Garvert verpflichtet die im Ausschuss für Umwelt anwesenden sachkundigen Bürger bzw. Einwohner zur gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben durch Handschlag auf die folgende Formel:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle des Kreises erfüllen werde.“

Punkt 2: Bestellung eines Schriftführers und eines stellvertretenden Schriftführers für den Ausschuss für Umwelt
Vorlage: 0186/2014

Beschluss: einstimmig

Kreisamtmann Peter Nattefort wird zum Schriftführer für den Ausschuss für Umwelt bestellt.

Kreisangestellter Willi Böckers wird zum stellv. Schriftführer für den Ausschuss für Umwelt bestellt.

Punkt 3: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 29.04.2014

Frau Garvert weist auf den mit der Einladung versandten Antrag der Fraktion B90/DIE GRÜNEN auf Ergänzung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt vom 29.04.2014 hin. Sie erinnert, der Ausschuss habe zu Beginn der vergangenen Legislaturperiode beschlossen, die Niederschriften als Ergebnisprotokoll fertigen zu lassen. Anders als bei einem Verlaufsprotokoll würden bei einem Ergebnisprotokoll nicht alle einzelnen Diskussionsbeiträge wiedergegeben, sondern diese würden zu Kerninhalten zusammengefasst, sodass die Beschlussfassung nachvollzogen werden könne.

Frau Saatkamp erläutert, in der Niederschrift hätten die aus ihrer Sicht wichtigen Wortbeiträge zu dem Fall „sink hole“ in Louisiana, USA, und zu der Geologischen Karte ausdrücklich genannt werden sollen.

Herr M. Schulte weist auf die Möglichkeit hin, in der Sitzung für einzelne wichtige Punkte eine wortgenaue Wiedergabe in der Niederschrift zu erbitten.

Im Ausschuss besteht Einigkeit, dass mit der Versendung und Diskussion des Änderungsantrages die angesprochenen Punkte ausreichend erwähnt wurden. Die diesbezügliche Aussprache solle in der Niederschrift zur heutigen Sitzung berücksichtigt werden.

Weitere Einwendungen gegen die Niederschrift der vergangenen Sitzung wurden nicht erhoben.

**Punkt 4: Sachstand Klimaschutzkonzept und European Energy Award
Vortrag von Herrn Reiner Tippkötter und Herrn David Sommer, infas
enermetric GmbH, Greven**

Herr Grothues erläutert den vorgesehenen Zeitplan zu den Klimaschutzaktivitäten des Kreises Borken: In der heutigen Sitzung des Ausschusses für Umwelt werden der Sachstand des EEA-Prozesses beschrieben und die Eckpunkte des Klimaschutzkonzeptes vorgestellt. Das EEA-Team werde am 29.09.2014 diesbezüglich detailliert informiert. Der Versand des Klimaschutzkonzeptes und des Kommunikationskonzeptes an alle Kreistagsmitglieder erfolge bis Ende Oktober 2014. Auf Wunsch könnten diese Unterlagen in der ersten Novemberhälfte 2014 in den Fraktionen mündlich erläutert werden. In den Sitzungen des Ausschusses für Umwelt am 13.11.2014 und den anschließenden Sitzungen des Kreisausschusses und Kreistages solle der Beschluss zur EEA-Zertifizierung gefasst werden. Weiter sei vorgesehen, dort das Klimaschutzkonzept mit den Klimazielen für den Kreis Borken sowie das Kommunikationskonzept für die Klimaschutzarbeit zu diskutieren und zu verabschieden. Anfang des neuen Jahres solle dann im Rahmen der Haushaltsberatungen 2015 in den genannten Gremien über die finanzwirksamen Maßnahmen zu den Klimaschutzaktivitäten Beschluss gefasst werden.

Sodann berichten Herr Tippkötter und Herr Sommer mittels einer Präsentation (sh. Anlage 1 zur Niederschrift).

Auf Frage von Herrn Harks erklärt Herr Sommer, um das im Zielszenario für den Stromsektor vorgesehene Ziel für 2030 zu erreichen, wären für den Kreis Borken etwa 55 neue Windenergieanlagen der 3-MW-Klasse und rund 15.000 zusätzliche Photovoltaikanlagen mit einer Größe von 10 kWp (diese Kategorie ist vom novellierten EEG besonders bevorzugt) erforderlich. Um eine vollständige Deckung des Stromverbrauchs aus Erneuerbaren Energien zu erzielen (Zielszenario 2050), benötige man Zubauraten von rund 70 Windenergie- und 20.000 PV-Anlagen. Herr Grothues sagt auf Bitte von Herrn Harks zu, die Zahl der momentan im Kreis Borken betriebenen Photovoltaikanlagen in der Niederschrift zu nennen. *Bisher sind im Kreisgebiet 13.575 PV-Anlagen mit einer durchschnittlichen Größe von 20 kWp installiert.*

Herr Sommer verdeutlicht auf Nachfrage, für die Zeit ab 2005 lägen regionenscharfe Ist-Daten auf Basis – z. B. von Stadtwerken - gemeldeter Zahlen vor. Für die Jahre bis einschließlich 2004 dienten als Grundlage bundesweite Daten, die anhand von Einwohner- und Beschäftigtenzahlen auf den Kreis Borken herunter gebrochen worden seien. Daher sei eine auf den Kreis Borken bezogene Gegenüberstellung mit dem Basisjahr 1990 möglicherweise ungenau.

Herr Fischer spricht die Schadstoffbelastung durch die in privaten Haushalten des ländlichen Raumes häufig bestehenden offenen Kamine an. Herr Sommer unterstreicht, dass die Nut-

zung von Holz als nachwachsendem Energieträger aus Sicht des Klimaschutzes grundsätzlich positiv zu sehen sei. In den von ihm vorgestellten Daten seien die hierdurch entstehenden zusätzlichen Umweltbelastungen allerdings nicht betrachtet.

Herr Tippkötter bekräftigt abschließend, es sei sinnvoll, sich ambitionierte Zwischenziele zu setzen und die Entwicklungen zu beobachten. Dementsprechend erfolge eine regelmäßige Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes.

Frau Garvert dankt Herrn Tippkötter und Herrn Sommer für ihren Vortrag und die Beantwortung der Fragen.

Punkt 5: Stellungnahme zum vorgelegten Entwurf des Abfallwirtschaftsplanes NRW (Teilplan Siedlungsabfälle)
Vorlage: 0199/2014

Herr Grothues teilt mit, nach zwischenzeitlichen Diskussionen unter Vertretern der Münsterlandkreise, in den Gremien der EGW und innerhalb der Verwaltung sehe man das Erfordernis, zum vorgelegten Entwurf des Abfallwirtschaftsplanes einen geschärften Beschluss zu fassen, um die Interessen des Kreises gegenüber dem Landesministerium zu unterstreichen. Ein entsprechend geänderter Text des Beschlussvorschlags wird an die Sitzungsteilnehmer verteilt. Herr Grothues hebt hervor, dass dieser Beschlussvorschlag vollständig den Inhalten der Sachdarstellung in der Sitzungsvorlage entspreche.

Sodann erläutert Herr Kleyboldt die Vorlage im Einzelnen.

Herr Harks sieht den geänderten Beschlussvorschlag grundsätzlich positiv. Allerdings bedauert er, dass erst jetzt über die vorgesehene Anpassung informiert werde.

Frau Blickmann verdeutlicht, die von Herrn Grothues angesprochenen Diskussionen seien erst nach Versand der Sitzungsunterlagen abgeschlossen worden. Im Hinblick auf eine einheitliche Beschlussfassung in den Münsterlandkreisen und auch in den Städten und Gemeinden des Kreises Borken seien vielseitige Abstimmungen erforderlich gewesen.

Herr Stilkenbäumer bekräftigt, im Interesse der Kreisbevölkerung an moderaten Abfallgebühren sei eine Schärfung des Beschlusstextes folgerichtig.

Auch Frau Saatkamp begrüßt den neugefassten Beschlusstext, da er u.a. das Prinzip der Nähe ausdrücklich hervorhebe.

Herr Harks möchte wissen, ob auch Abstimmungen mit der Region „Mitte“ erfolgen. Herr Kleyboldt bejaht dies; so tausche man sich beispielsweise regelmäßig mit dem Kreis Recklinghausen aus. Auch von dort werde gleichlautende Kritik am vorgelegten Abfallwirtschaftsplan geäußert.

Beschluss: einstimmig

1. Die vom Landesumweltministerium verfolgten grundlegenden abfallpolitischen Zielsetzungen im vorgelegten Entwurf des Abfallwirtschaftsplanes NRW werden vom Kreis Borken und der Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland mbH (EGW) grundsätzlich mitgetragen.
2. Die konkrete Ausgestaltung des Abfallwirtschaftsplanes NRW hingegen wird in der vorliegenden Form abgelehnt. Folgende Forderungen werden gestellt:
 - a. Es darf zu keinen zusätzlichen ökologischen und ökonomischen Belastungen durch den Abfallwirtschaftsplan für den Kreis Borken kommen.

- b. Interkommunalen Kooperationen muss ausdrücklich Vorrang vor der Regionenfestlegung eingeräumt werden, wenn diese dem Prinzip der Nähe entsprechen.
- c. Die Bioabfallentsorgung muss zwingend von der Geltung der Entsorgungsregionen ausgenommen sein.
- d. Der Absatz von Grün- und Bioabfallkomposten sollte durch das Land NRW gefördert werden.
- e. Die im Abfallwirtschaftsplan und in der SUP zugrunde gelegten abfallwirtschaftlichen Daten und Prämissen für den Kreis Borken sind zum Teil falsch aufgenommen worden und müssen aktualisiert werden.

**Punkt 6: Vorstellung des überarbeiteten ingenieurtechnischen Gutachtens zur Kostenabschätzung für den Betriebsabschluss und die Nachsorgephase der Deponien Borken-Hoxfeld, Ahaus-Alstätte I bis III und Ahaus-Wüllen
Vorlage: 0259/2014**

Frau Garvert weist darauf hin, dass es bei der heutigen Beratung im Ausschuss für Umwelt um die technischen Aspekte des Gutachtens gehe. Die Auswirkungen der Kostenabschätzung auf die Abfallgebühren werden in den bevorstehenden Sitzungen des Kreisausschusses und des Kreistages thematisiert.

Herr Kersting und Herr Kleyboldt stellen die Sitzungsvorlage vor.

Sodann erläutert Herr Krings vom Geotechnischen Büro Düllmann ausführlich das überarbeitete Gutachten anhand eines Folienvortrages. Dieser ist der Niederschrift als Anlage 2 beige-fügt.

Herr Fischer zeigt sich schockiert über die vom Gutachten getroffenen Aussagen. Er erinnert, dass er bei der Vorstellung der vorhergehenden Kostenabschätzung im Jahr 2010 bereits gemahnt habe, die seinerzeit berechneten Nachsorgekosten könnten aufgrund unzureichender Kalkulationsspielräume nicht ausreichend sein. Nach Ansicht von Herrn Fischer sei 2010 nicht objektiv und vorausschauend geplant worden. Nun müssten insbesondere in der Periode 2014 bis 2019 erhöhte Rückstellungen für die Deponienachsorge gebildet werden.

Herr Kleyboldt bekräftigt, alle Beteiligten hätten 2010 wie aktuell nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt. Allerdings hätten sich zwischenzeitlich gravierende Änderungen in den Grundlagen für die Kostenplanung ergeben: Beispielsweise habe man vor einigen Jahren mit dem Ziel der Abfallgebührensenkung entschieden, die zur Oberflächenabdeckung benötigten Rekultivierungsböden in den eigenen Bodenmischanlagen aus Rohböden, Komposten und Klärschlämmen herzustellen. Dies sei aufgrund veränderter rechtlicher Rahmenbedingungen nicht mehr möglich, weshalb nun Rekultivierungsböden aus Fremdanlieferungen benötigt würden. Auf dieses Kostenrisiko sei im Altgutachten bereits hingewiesen worden.

Zudem, so Herr Kleyboldt weiter, seien seit 2014 die Bundeseinheitlichen Qualitätsstandards (BQS) anzuwenden, was kostenaufwendige Untersuchungen und Dokumentationen für Ersatzbaustoffe und Böden nach sich ziehe. Diese Erfordernisse haben 2010 nicht gesehen werden können.

Weiter verdeutlicht Herr Kleyboldt, dass nach der landesweiten Schließung aller Siedlungsabfalldeponien im Jahr 2005 nach inzwischen ausreichender Abfallkörpersetzung nun der Zeitraum erreicht sei, zu dem die Abdichtungen umsetzbar seien. Das Land NRW erhöhe den Druck auf die Deponiebetreiber, dies zeitnah zu vollziehen. Da zeitgleich die Anzahl der Anbieter solcher Bauleistungen zurückgegangen sei, führe dies neben dem verstärkten Nachfragedruck zu erheblichen Kostensteigerungen. Beim Altgutachten sei man davon ausgegangen, dass die Umsetzungspläne zur Abdichtung der Deponien gestreckt werden können.

Herr Kleyboldt fasst zusammen, um die Handlungsfähigkeit zu sichern, sei es sinnvoll, nun die Entwicklungen transparent zu machen und einzuschreiten. Die haushaltsrechtlichen Vorgaben erforderten eine verursachungsgerechte Berücksichtigung von Aufwendungen in der jeweiligen Periode.

Herr Kersting erläutert auf Nachfrage von Herrn Harks, für die Berechnung der Rückstellungen sei der tatsächliche Erfüllungsbetrag und nicht der in den Unterlagen ausgewiesene Basiszinssatz maßgebend.

Herr Artmeyer hinterfragt, ob die nun einkalkulierten Preissteigerungen belastbar seien. Herr Kleyboldt bekräftigt, jeder Plan versuche, die Zukunft möglichst realitätsnah darzustellen. Das vorgelegte Gutachten berücksichtige dementsprechend die aktuellen Rahmenbedingungen.

Eine weitere Frage Herrn Artmeyers richtet sich auf mögliche Verstöße gegen das Kartellrecht durch Absprachen zwischen bauausführenden Unternehmen. Herr Kleyboldt verdeutlicht, eine diesbezügliche Prüfung obliege nicht der EGW. Man sei an einem möglichst breiten Wettbewerb interessiert; wenn aber nur wenige Bieter sich dem Markt stellten, hätten die Entsorgungsunternehmen keinen Einfluss hierauf.

Herr M. Schulte und Herr Stilkenbäumer entgegneten einem von Herrn Artmeyer geäußerten Vorwurf, die Informationen sei bewusst bis nach der Kommunalwahl zurückgehalten worden: Die Diskussion zu den gestiegenen Deponienachorgekosten werde nicht zum ersten Mal geführt. Die Politik sei fortlaufend von der Verwaltung und der EGW über die Entwicklung der Deponiekosten informiert worden. Wenn sich die Rahmenbedingungen deutlich änderten, müsse reagiert werden. Insofern sei das nun vorgelegte Gutachten zwar im Ergebnis nicht erfreulich, aber fundiert.

Frau Saatkamp schließt sich letzterem grundsätzlich an. Sie ergänzt, der Grundsatz der Abfallvermeidung hätte schon viel früher von den Abfallwirtschaftsplänen des Bundes und der Länder entschieden aufgegriffen werden müssen.

Herr Kersting stellt fest, bereits im Vorbericht zum Haushalt 2014 sei erwähnt, dass nicht alle Prognosen des ingenieurtechnischen Gutachtens aus dem Jahr 2010 Bestand haben und folglich Kostenansätze überschritten werden müssten. Auf Frage von Herrn Fischer erklärt Herr Kersting, die bislang entstandenen Kosten der Deponienachorge seien der Rückstellung entnommen worden und verweist auf die entsprechende Berichterstattung in den politischen Gremien des Kreises.

Herr Sicking bittet für die UWG-Fraktion um weitergehende Informationen zu dem vorgelegten Gutachten. Herr Kersting und Herr Kleyboldt sagen dies – auch für die anderen Fraktionen – zu. Bei Bedarf könnten entsprechende Termine für mündliche Erläuterungen vereinbart werden.

Beschluss: einstimmig bei 1 Enthaltung

Das überarbeitete ingenieurtechnische Gutachten des geotechnischen Büros Prof. Dr.-Ing. H. Düllmann GmbH wird zur Kenntnis genommen. Die Berechnung der Deponienachorgekosten wird bei Bedarf – spätestens in fünf Jahren – erneut überprüft.

**Punkt 7: Fortschreibung des Regionalplans Münsterland, Sachlicher Teilabschnitt Energie
Vorlage: 0260/2014**

Herr Grothues stellt den Zeitplan für die fristgerechte Abgabe der Stellungnahme des Kreises anhand der Sitzungsvorlage dar.

Auf Bitte von Herrn Harks sagt Herr Grothues zu, die in der Ausschuss-Sitzung am 13.11.2014 zu beschließenden Stellungnahme des Kreises den Ausschussmitgliedern unmittelbar nach der Abstimmung mit den kreisangehörigen Kommunen zuzustellen. Auf Wunsch

könne die Verwaltung diese noch vor dieser Umweltausschuss-Sitzung in den einzelnen Fraktionen erläutern.

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

Punkt 8: Landschaftsplanung im Kreis Borken
Benennung von jeweils zwei Mitgliedern der planbegleitenden Arbeits-
gruppen für die Landschaftspläne "Gronau/Ahaus-Nord", "Ahaus" und
"Heek-Legden"
Vorlagen: 0187, 0188 und 0189/2014

Herr R. Schulte erklärt, für die Landschaftspläne „Gronau/Ahaus-Nord“, „Ahaus“ und „Heek-Legden“ sei jeweils der erste Rohentwurf von Mitarbeitern der Kreisverwaltung erstellt worden, der jetzt in den entsprechenden planbegleitenden Arbeitsgruppen vorgestellt werden könne.

Die Auftaktveranstaltung für die genannten Pläne sei als gemeinsamer Termin Ende September 2014 vorgesehen. Daran anschließend könne man in bilaterale Gespräche mit den jeweiligen Akteuren eintreten. Auch eine Bereisung der Plangebiete mit den Arbeitsgruppen-Mitgliedern sei vorgesehen. Nach einer erneuten Zusammenkunft der planbegleitenden Arbeitsgruppe sei es Ziel, einen weitestgehend vorabgestimmten Planentwurf zu erarbeiten. Dieser werde der örtlichen Bevölkerung zunächst in Informationsveranstaltungen vorgestellt. Erst dann schließe sich das förmliche Verfahren an, u. a. mit Bürgerbüros vor Ort.

Beschluss: einstimmig bei 1 Enthaltung

Der Ausschuss für Umwelt benennt die nachfolgenden Ausschussmitglieder zur Mitwirkung in der planbegleitenden Arbeitsgruppe für den Landschaftsplan "Gronau/Ahaus-Nord":

1. Otger Harks (Vertreter: Hans-Georg Fischer)
2. Markus Schulte (Vertreterin: Birgit Wirtz)

Der Ausschuss für Umwelt benennt die nachfolgenden Ausschussmitglieder zur Mitwirkung in der planbegleitenden Arbeitsgruppe für den Landschaftsplan "Ahaus":

1. Hans-Georg Fischer (Vertreter: Otger Harks)
2. Heinz-Josef Elpers (Vertreterin: Annette Demes)

Der Ausschuss für Umwelt benennt die nachfolgenden Ausschussmitglieder zur Mitwirkung in der planbegleitenden Arbeitsgruppe für den Landschaftsplan "Heek-Legden":

1. Alfons Wissing (Vertreter: Markus Jasper)
2. Manfred Kuiper (Vertreterin: Barbara Seidensticker-Beining)

Punkt 9: Controllingbericht zum 30.06.2014
Vorlage: 0262/2014

Die Ergebnisse des Controllingberichtes zum 30.06.2014 werden zur Kenntnis genommen.

Punkt 10: Durchgängigkeit der Fließgewässer gemäß EG-Wasserrahmenrichtlinie
Antrag der Anglergemeinschaft Westmünsterland
Vorlage: 0200/2014

Beschluss: einstimmig

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Realisierung des ambitionierten Umsetzungsfahrplanes zur Schaffung der Durchgängigkeit in unseren Fließgewässern, fortzufahren. Dabei sind die Wasser- und Fischereirechtlichen Rahmenbedingungen zwingend zu beachten. Alle Beteiligten – auch die Anglergemeinschaft Westmünsterland – werden bei der Umsetzung gehört und sind aufgerufen, die Vorhaben der EG-Wasserrahmenrichtlinie tatkräftig zu unterstützen.

Punkt 11: Bestandsaufnahme zur Umweltbildung im Kreis Borken
Vorlage: 0190/2014

Frau Garvert würdigt ausdrücklich die gründliche Bestandsaufnahme und die Erstellung der aufschlussreichen Sitzungsvorlage durch die Verwaltung.

Frau Seidensticker-Beining und Frau Saatkamp schließen sich den lobenden Worten Frau Garverts an. Frau Saatkamp bittet darum, den Beschluss abzuändern, sodass er auch eine Veröffentlichung der Bestandsaufnahme im Internet vorsieht.

Beschluss: einstimmig

Von einer verstärkten Bündelung der kreisweiten Umweltbildung für Schulen, Kindergärten und Erwachsenenweiterbildung und Weiterentwicklung des bisherigen kreisweiten Angebots der Umweltbildung wird abgesehen. Die Ergebnisse der Bestandsaufnahme werden auf der Homepage des Kreises Borken dargestellt.

Punkt 12: Mitteilungen der Vorsitzenden

Frau Garvert nennt die für 2015/16 geplanten Termine für den Ausschuss für Umwelt:

Do., 29.01.2015
Do., 26.03.2015
Do., 11.06.2015 (Bedarfssitzung)
Do., 03.09.2015
Do., 19.11.2015
Do., 28.01.2016

Zudem teilt sie mit, dass im Naturparkhaus Raesfeld momentan eine Ausstellung des Übertragungs-Netzbetreibers Amprion zum Thema Energiewende und Erdverkabelung zu sehen sei.

Punkt 13: Mitteilungen der Verwaltung

Herr Grothues weist die Ausschussmitglieder auf das Regionale-Projekt „WALDBand“ hin. Ziel sei es, in einem modellhaften Planungsprozess für ca. 36.000 ha Waldbestand mit unterschiedlichen Nutzungen eine „Zukunftsvision Wald“ zu entwickeln – im Gebiet von Wesel bis Werne und von Reken bis Bottrop.

Weiter informiert Herr Grothues, Frau Dagmar Beckmann aus Rhede sei ab 01.10.2014 neue Geschäftsführerin für den Trägerverein Tiergarten Schloss Raesfeld und den Naturpark Hohe Mark Westmünsterland. Einen weiteren für den Kreis Borken bedeutsamen Personalwechsel habe es bei der Bezirksregierung Münster gegeben: Herr Ralf Weidmann sei dort neuer Regionalplaner und Abteilungsleiter.

Herr Grothues erinnert, auf entsprechende Bitte sei im Kreisausschuss am 08.05.2014 zugesagt worden, dass die Reformansätze im Bergrecht in einer der kommenden Sitzungen des Ausschusses für Umwelt vorgestellt werden. Gewünscht war, dass dies durch einen Vertreter der Bezirksregierung Arnsberg geschehen solle. Aufgrund der noch laufenden Konkretisierungs-Umsetzungen der Bundesregierung sei eine Berichterstattung in der November-Sitzung geplant.

Herr R. Schulte teilt mit, die Hochwasser-Managementplanung für den Bereich „Dinkel“ sei abgeschlossen und könne auf der Internet-Seite der Bezirksregierung Münster eingesehen werden: www.bezirksregierung-muenster.de/Dinkel-System

Zudem erinnert Herr R. Schulte, dass der Ausschuss für Umwelt am 21.11.2013 die Verwaltung beauftragt hatte, für ein Heckenmanagement ein Vergabeverfahren zu initiieren, das eine kostendeckende Heckenpflege ohne finanzielle Förderung durch den Kreis zum Ziel hat. Inzwischen – so Herr R. Schulte – gebe es im gesamten Kreisgebiet geeignete Unternehmen, die für landschaftspflegerische Leistungen ausgestattet sind. Eine gesunde Konkurrenz habe sich entwickelt. Die in den vergangenen Monaten von der Verwaltung durchgeführte Recherche habe ergeben, dass eine Organisation an zentraler Stelle zur Entwicklung eines Marktes nicht weiter notwendig erscheint.

Punkt 14: Anfragen

Herr Elpers bittet um aktuelle Informationen zum Ölschaden in Gronau-Epe. Herr R. Schulte informiert, die notwendigen Maßnahmen zur Gefahrenabwehr wurden getroffen. Rund 22.000 Tonnen ölverschmutzten Bodens seien bislang aus dem Amtsvenn abgefahren worden. Öl sei bei den erfolgten Laserbohrungen nur in der Nähe der bekannten Fundstellen gefunden worden. Das Grundwasser werde weiter beprobt. Auch hier habe es – bei mehreren tausend Proben – keine Hinweise auf eine Belastung durch Rohöl gegeben. Momentan würden Überlegungen zur Sanierung des Schadens angestellt. Bis Ende 2014 solle ein erster Entwurf für einen Sanierungsplan vorliegen. Frau Seidensticker-Beining erkundigt sich diesbezüglich, ob die Gefahrenabwehrpläne sich praktikabel erwiesen hätten. Herr R. Schulte bejaht dies.

Frau Saatkamp teilt mit, ihr sei zugetragen worden, an der Kreisstraße Schlesiering in Gescher ständen pflegebedürftige Bäume. Herr R. Schulte sagt zu, diese Information an die zuständige Stelle weiter zu geben.

Vorsitzende Magdalene Garvert schließt die Sitzung um 19:45 Uhr.

Magdalene Garvert

Peter Nattefort